

LEHRSTUHL BWL, INSB. UNTERNEHMENSRECHNUNG/ACCOUNTING

Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg
Tel. +49 (0)391 67 18493, Fax +49 (0)391 67 11722
<http://www.accounting.ovgu.de/>

1. Leitung

Prof. Dr. Anne Chwolka

2. Hochschullehrer

Prof. Dr. Anne Chwolka

3. Forschungsprofil

Analyse von Informations- und Koordinationsproblemen des Rechnungswesens mit Hilfe quantitativer entscheidungsanalytischer Methoden und informationsökonomischer Ansätze:

Im Bereich der externen Unternehmensrechnung steht die ökonomische Wirkungsanalyse nationaler und insbesondere internationaler Rechnungslegung im Vordergrund. Dabei wird das externe Rechnungswesen als Informationsinstrument verstanden, welches auf vielfältige Weise Entscheidungsprozesse in einer Unternehmung beeinflusst. Im Bereich der internen Unternehmensrechnung geht es um die Gestaltung anreizkompatibler Mechanismen zur Steuerung dezentraler Entscheidungen. Neben der Frage, ob eine Harmonisierung und wie eine Koordination von internem und externem Rechnungswesen sinnvoll anzustreben ist, wird der institutionelle Rahmen analysiert. Schwerpunktthema im Bereich der Corporate Governance bildet die Sicherstellung der Qualität von Wirtschaftsprüferleistungen, insbesondere der Unabhängigkeit und der Prüferhaftung im Rahmen verschiedener wirtschaftlicher Überwachungsmaßnahmen.

4. Forschungsprojekte

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeiter: Prof. Dr. Chwolka

Kooperationen: Prof. Dr. Matthias G. Raith (OvGU-Magdeburg)

Förderer: Haushalt; 01.12.2009 - 01.12.2013

Der Businessplan im Gründungsprozess

Die Gestaltung des Businessplans als Informationssystem für unternehmensinterne und externe Entscheidungsträger (z. B. Gründer, Risikokapitalgeber oder Banken) mit dem Wissen um potenzielle Interessenskonflikte und asymmetrische Information der Betroffenen stellt eine große Herausforderung dar. Einerseits dient der Businessplan als Planungsinstrument für den Entrepreneur und als Informationsgrundlage für den potenziellen Kapitalgeber. Andererseits versuchen beide, mit dem Businessplan das Verhalten des anderen zu steuern. Aus informationsökonomischer Sicht würde man daher verschiedene Businessplantypen erwarten. Stattdessen werden in der Praxis jedoch zunehmend einheitliche Standards gefordert und durchgesetzt. Ziel des Projektes ist es, die Rolle des Businessplans als institutionalisiertes Informationssystem im Gründungsprozess zu analysieren. Der Businessplan kann zum externen Rechnungswesen gezählt werden, da er die Beteiligungsentscheidung der Kapitalgeber beeinflusst. Damit beeinflusst er auf vielfältige Weise Entscheidungsprozesse außerhalb der Unternehmung, und über Rückkopplungen wieder interne Entscheidungen. Relevante Fragen im Rahmen des Projektes sind u.a.: Wie sollte die

Businessplanerstellung im Hinblick auf Kooperationen geregelt sein? Wie ist eine Standardisierung der Businessplanung zu beurteilen? Wie kann die Prüfung zur Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit der Rechnungslegung beitragen?

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeiter: Dipl.-Kfm. Danny Behrendt

Förderer: Haushalt; 01.07.2010 - 01.01.2014

Die Rolle von Versicherungen für die Corporate Governance von Unternehmen

Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen für Unternehmensorgane (D&O-Versicherungen) haben in Deutschland in den letzten Jahren eine zunehmende Verbreitung gefunden. Sie werden von Unternehmen zugunsten ihrer Organe für Schäden abgeschlossen, die aufgrund unwissentlicher Pflichtverletzungen entstehen. Grundlegende Bestandteile des Versicherungsvertrages sind die Deckungssumme, Haftungsausschlüsse, die Versicherungsprämie und ein eventueller Selbstbehalt. Solche von Unternehmen abgeschlossene Versicherungen entfalten verschiedene ökonomische Anreize für Entscheidungsträger, die im Rahmen der Corporate Governance beachtet werden sollten. So kann eine Haftungsbegrenzung der Unternehmensorgane etwa zu einer höheren Risikobereitschaft bei betrieblichen Entscheidungen führen. Der deutsche Gesetzgeber sah sich in diesem Zusammenhang zu einer stärkeren Reglementierung von D&O-Versicherung veranlasst. Er führte, einer Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex folgend, im Jahr 2009 mit dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandvergütung (VorstAG) einen verpflichtenden Selbstbehalt bei D&O-Policen ein. Vor diesem Hintergrund sollen folgende Fragestellungen analysiert werden: Welche Anreize gehen von D&O-Versicherungen aus? Nutzt eine D&O-Police eher dem Unternehmen oder seinen Organen? Welche Vorgaben sollte der Staat für solche Versicherungsverträge machen? Sind die jüngsten Gesetzesänderungen zum Selbstbehalt diesbezüglich angemessen? Welche Erkenntnisse lassen sich empirisch und modelltheoretisch ableiten?

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeiter: Johanna Zwernemann

Förderer: Haushalt; 01.11.2008 - 01.11.2012

Fraud im Rahmen der Jahresabschlussprüfung

Nationale und internationale Betrugsfälle in Unternehmen haben in den letzten Jahren das Aufsehen der Öffentlichkeit erregt. Dabei geriet der Abschlussprüfer zunehmend in Verdacht seine Prüfungshandlungen nicht mit ausreichender Sorgfalt nachgegangen zu sein. Entsprechend ist der Frage nachzugehen, inwieweit der Jahresabschlussprüfer in der Lage und verpflichtet ist innerhalb einer gesetzlichen Jahresabschlussprüfung Bilanzmanipulationen aufzudecken. Gegenwärtig etablieren sich Forensic Advisory oder Forensic Accounting im Bereich zusätzlicher Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen, um Fraud frühzeitig zu entdecken und aufzuklären bzw. es sogar ganz zu verhindern. Diesbezüglich wird analysiert, inwiefern Forensic Accounting als Kontrollmechanismus im Corporate Governance System möglich ist. Des Weiteren wird die Akzeptanz dieser zusätzlichen Dienstleistungen in Unternehmen, die Inhalte und Methoden sowie das Zusammenspiel von Forensic Advisory/Forensic Accounting und der Jahresabschlussprüfung betrachtet.

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Kooperationen: Dr. Jan Thomas Martini (Universität Bielefeld), Prof. Dr. Dirk Simons (Universität Mannheim)

Förderer: Haushalt; 01.06.2005 - 01.06.2010

Kostenbasierte Verrechnungspreise und Allokation dezentraler Verhandlungskompetenz

Im Rahmen des Projekts wird die Koordination dezentraler Investitions- und Marketingentscheidungen analysiert. Im Vordergrund steht die Frage, ob und wie dezentrale Verhandlungen über Verrechnungspreise zur Koordination beitragen können und wie die organisatorischen Rahmenbedingungen zur Verrechnungspreisbestimmung zu gestalten sind, damit aus Unternehmensgesamtsicht eine zufrieden stellende Lösung gefunden wird, wenn nur einstufige kostenbasierte Verrechnungspreise zur Wahl stehen. Aus theoretischer Sicht sind verschiedene Verrechnungspreise für unterschiedliche Zwecke sinnvoll. Es lässt sich zeigen, dass ein zweistufiger Verrechnungspreis in vielen Situationen das geeignete Steuerungsinstrument zur Koordination dezentraler Entscheidungen ist. In der betriebswirtschaftlichen Praxis

sind zweistufige Verrechnungspreise jedoch nur selten zu beobachten. Stattdessen dokumentieren empirische Studien, dass kostenbasierte einstufige Verrechnungspreise in Unternehmungen eine herausragende Rolle spielen. Aus theoretischer Sicht sind von der Geschäftsleitung zentral vorgegebene einstufige kostenbasierte Verrechnungspreise wiederum nicht in der Lage, bei dezentraler Entscheidungskompetenz der Bereichsmanager geeignete Investitionsanreize zu setzen. Häufig stellen diese Investitionen aber gerade kritische Erfolgsfaktoren für die Unternehmen dar, wie z.B. bestimmte Maßnahmen der Qualitätsverbesserung der produzierenden Bereiche, die es anzureizen gilt. Gegeben die Präferenz der Unternehmen für kostenbasierte einstufige Verrechnungspreise stellt sich dann die Frage, wie die organisatorischen Rahmenbedingungen zu gestalten sind, um trotzdem eine Koordination der Bereichsentscheidungen zu ermöglichen und ggf. zu verbessern. Insbesondere wird die Allokation der dezentralen Verhandlungskompetenzen analysiert.

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeiter: Nicole Kusemitsch

Förderer: Haushalt; 01.02.2009 - 31.01.2013

Risikomanagement und freiwillige Risikoberichterstattung

Aufgrund spektakulärer Zusammenbrüche in der Vergangenheit wurden Aktiengesellschaften mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) im Jahre 1998 verpflichtet, ein den Fortbestand des Unternehmens sicherndes internes Kontroll- und Überwachungssystem einzurichten. Gleichzeitig kam durch die Ergänzung des § 289 Abs. 1 HGB die Verpflichtung hinzu, im Lagebericht auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen. Damit wurden erstmals Anforderungen an das Risikomanagement eines Unternehmens und an deren Risikoberichterstattung gesetzlich verankert. Durch ein effektives Risikomanagement sinken die Volatilität der Cash Flows und Gewinne, sowie die Insolvenzwahrscheinlichkeit des Unternehmens. Wenn es gelingt, dieses glaubhaft den Kapitalgebern zu kommunizieren, sinken die Kapitalkosten, und der Unternehmenswert steigt. Daher sollten Unternehmen ein ureigenes Interesse an einer aussagekräftigen Risikoberichterstattung haben. Empirische Befunde zum Risikomanagement dokumentieren die große Bedeutung des Risikomanagements aus Sicht der Unternehmen. Hingegen zeigen empirische Studien zum Berichtsverhalten eine eher zurückhaltende Berichterstattung; quantitative Angaben zu den Risiken fehlen weitestgehend. Dieses Verhalten der Unternehmen ist überraschend, denn viele Vorteile des Risikomanagements können nur dann realisiert werden, wenn Vorhandensein und Wirksamkeit eines entsprechenden Risikomanagementsystems glaubhaft kommuniziert wird. Dieses scheinbar paradoxe Ausweisverhalten bildet die zentrale Fragestellung des Projekts. Um das Risikoberichtsverhalten von Unternehmen besser beurteilen zu können, werden Geschäftsberichte analysiert und Befragungen durchgeführt. Gleichzeitig werden modelltheoretische Erklärungsansätze für die zögerliche Risikoberichterstattung der Unternehmen entwickelt. Unternehmen könnten beispielsweise einen Anreiz zu einer allgemein gehaltenen Risikoberichterstattung haben, wenn sie unsicher sind, wie Adressaten die berichteten Risikoinformationen interpretieren.

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Projektbearbeiter: Rafael Weber

Förderer: Haushalt; 01.10.2005 - 01.10.2010

Risikoorientierte Auftragsannahmeentscheidung in Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Nationale und internationale Unternehmenskrisen in den letzten Jahren haben das Vertrauen in die externe Rechnungslegung erschüttert. Im Zentrum der Kritik standen insbesondere auch die Abschlussprüfer. Um die Glaubwürdigkeit des Berufsstandes zu sichern bzw. wiederherzustellen wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen und implementiert. Dazu zählen auch Regelungen zur Entscheidung über die Auftragsannahme bzw. die Fortführung bereits bestehender Mandate durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Diesbezüglich wird der Zusammenhang zwischen dem inhärentem Risiko des zu prüfenden Unternehmens und einem möglichen Reputationsverluste bzw. Haftungsfolgen des Wirtschaftsprüfers betrachtet.

Projektleiter: Prof. Dr. Anne Chwolka

Förderer: Haushalt; 01.10.2006 - 01.10.2011

Risikomanagement und -controlling in Industrieunternehmen

Tendenziell ist bei wirtschaftlichen Aktivitäten ein gestiegenes Risikobewusstsein zu konstatieren, welches u.a. mit der Zunahme der Insolvenzen begründet ist. Entsprechend ist eine frühzeitige Erkennung von Risiken nicht nur

wünschenswert, sondern notwendig zur Existenzsicherung. Die Einrichtung interner Überwachungssysteme zum Zwecke des Risikocontrollings wurde durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich dokumentiert. Die konkrete Umsetzung und die Gestaltung des Risikocontrollings in Industrieunternehmen lässt der Gesetzgeber offen. Im Vordergrund des Projekts stehen folgende Fragen: Welche Größen zur Risikomessung sind sinnvoll? Welche Parallelen bestehen zwischen bereits existierenden Konzepten des Risikocontrollings in Banken und Versicherungen und Instrumenten des Controllings, insbesondere Instrumenten des Kostenmanagements? Lassen sich Kennzahlen, Verfahren und Methoden aus der Bankpraxis zur Risikosteuerung auf die Gegebenheiten von Industrieunternehmen übertragen? In welchen Fällen sind Modifikationen notwendig?

5. Eigene Kongresse, wissenschaftliche Tagungen und Exponate auf Messen

- Analytical Research Accounting Workshop

- Workshop Ökonomische Analyse in der Externen Rechnungslegung

6. Veröffentlichungen

Originalartikel in begutachteten internationalen Zeitschriften

Chwolka, Anne; Martini, Jan Thomas; Simons, Dirk

The value of negotiating cost-based transfer prices

In: Business research. - Göttingen: VHB, Bd. 3.2010, 2, S. 113-131; [Abstract unter URL](#); 2010

Originalartikel in begutachteten zeitschriftenartigen Reihen

Chwolka, Anne; Kusemitsch, Nicole

Auswirkungen einer zunehmenden Regulierung auf die Qualität der Risikoberichterstattung

In: Working paper series / Otto von Guericke University, FEMM, Faculty of Economics and Management; 2010,15; Magdeburg: Univ., Faculty of Economics and Management; 27 S.; 2010